



**Markus Grübel**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

**Bundestagsbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 227 71 973  
Fax: +49 (0) 30 227 76 964  
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**  
Bahnhofstraße 27  
73728 Esslingen a. N.  
Tel.: +49 (0) 711 365 80 66  
Fax: +49 (0) 711 365 80 70  
E-Mail: markus.gruebel.wk@bundestag.de

**Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung**  
Stresemannstraße 94, Europahaus  
10963 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 185 35 2681  
Fax: +49 (0) 30 1810 535 2681  
E-Mail: markus.gruebel@bmz.bund.de

## Pressemitteilung

### **Markus Grübel für einen Gemeinschaftsdienst**

#### **Debatte um allgemeine Dienstpflicht muss differenziert geführt werden**

Esslingen, 31.08.2018

Der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel ist für einen allgemeinen Gemeinschaftsdienst. Er rät aber dazu, die aktuelle Debatte differenziert zu betrachten.

Ein Gemeinschaftsdienst für Männer und Frauen sei für ihn schon aufgrund der fehlenden 2/3-Mehrheit, die für die grundlegende Änderung notwendig wäre, nicht absehbar, so Grübel. Als ehemaliger Verteidigungsstaatssekretär sieht er auch für die Bundeswehr und zivile Einrichtungen ganz praktische Probleme. „Wir haben seit Jahren die Weichen in Richtung Freiwilligenarmee und -dienste gestellt. Das braucht eine gewisse Zeit dies umzustellen. Von der Erfassung bis zur Ausbildung und Begleitung und der erforderlichen Infrastruktur“, erklärt Grübel. Es brauche aber vor allem eine

hohe gesellschaftliche Akzeptanz für Gemeinschaftsdienste, für Soldaten genauso wie in der Pflege oder in anderen Bereichen.

In diesem Kontext wird das schwedische Beispiel angeführt. Dort wurde 2017 durch eine rot-grüne Regierung die Wehrpflicht für Männer und Frauen gleichermaßen wieder eingeführt.

Grübel ist froh um die Debatte weil dadurch das Bewusstsein für den Dienst an der Gemeinschaft gestärkt wird. Ein Gesichtspunkt ist ihm ganz besonders wichtig.

Durch verpflichtende Gemeinschaftsdienste kommen Menschen aus ganz unterschiedlichen Gruppierungen und Gesellschaftsschichten zusammen, deren Wege sich sonst nie kreuzen würden. Dies sei für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von großer Bedeutung. „Ich kann jedem jungen Menschen nur raten einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten. Die Zeit des Wehrdienstes war für mich eine wertvolle Erfahrung für mein weiteres Leben. Und eine Orientierung für meine Berufswahl. Darum waren es gewonnene und nicht verlorene Monate“, so Grübel.

Für ihn liegt das politische Ziel in dieser Debatte in einem schrittweisen Vorgehen. Der erste Schritt ist die Bewusstseinsbildung. Gemeinschaftsdienste sind gut und wertvoll. Auch die Steigerung der Attraktivität sämtlicher freiwilligen Dienste an der Gemeinschaft innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen ist wichtig. Man müsse darüber nachdenken, die Gehälter für freiwillige Dienste zu erhöhen und den Freiwilligen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens Vorteile bieten. Beispielsweise bei der Anrechnung von Ausbildungs- und Studienzeiten, der Bevorzugung bei der

Vergabe von Wohnheimplätzen oder der Einstellung.

Mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes 2011 wurde auch die Möglichkeit für Ältere geschaffen, freiwillig im abgesicherten Rahmen Gemeinschaftsdienste zu leisten. Das kann noch ausgebaut werden.

In einem weiteren Schritt könnte ein verpflichtender Gemeinschaftsdienst für Männer und Frauen eingeführt werden. Ein Gemeinschaftsdienst der viel Raum lässt für eigene Entscheidungen. Vom Wehrdienst bis zu Diensten im Bereich Soziales, Kultur, Umwelt- und Naturschutz und Sport.